

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. — 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: S. Alte Jacobstr. 64. bei J. Bey. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

von

General-Rath.

Nr. 48.

Berlin, den 1. Dezember 1882.

Insertionsgebühr: für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. — 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. — 9 Kr. Oesterr. Währ. für Zusendung v. Offerten unter Schiffe durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenz, NW. Stromstraße 48.

Neunter Jahrgang.

Amtlicher Theil des Generalraths.

Die Neuwahlen der Vorstände

haben laut Statut (für Ortsverein und Krankenkasse gesondert!) im Dezember stattzufinden, worauf ich hierdurch hinweise und um baldige Mittheilung der Resultate ersuche.

Georg Lenz, Hauptschriftführer.

Einige brennende Fragen innerhalb unseres Gewerksvereins.

II.

(Schluß.)

Eine zweite Frage, durch welche jetzt einige Abwechslung in die sonst recht eintönige Tagesordnung mancher unserer Ortsvereine gebracht wird, ist durch unseren Genossen Dollmann angeregt worden, welcher gemäß dem Beispiele anderer größerer Gewerksvereine im Verbandsverband auch bei uns die Einrichtung getroffen zu sehen wünscht, daß erstens solchen Mitgliedern, welche ohne Arbeit sind, die Beiträge zu sämtlichen Kassen seitens des Gewerksvereins gedeckt werden, und daß zweitens den Mitgliedern in außerordentlichen Nothfällen (soweit solche bisher noch nicht in § 43 der Statuten vorgesehen sind) durch den Generalrath eine einmalige Unterstützung gewährt werden könne.

Aus den Protokollen der Ortsversammlungen in unserem Organ ersieht man, daß diese Vorschläge überall da, wo sie zur Berathung gestellt werden, auch ausnahmslos die Zustimmung der Mitglieder finden, und dies darf auch nicht Wunder nehmen, da ja den Mitgliedern hier einmal Vortheile zugeführt werden sollen, für welche sie keine neuen Lasten zu tragen hätten.

Außerdem meine ich, was besonders die Frage der Beitragsdeckung in arbeitslosen Zeiten anbelangt, daß der Gewerksverein hauptsächlich in seinem eigenen Interesse mit dieser Einrichtung handeln würde, wie auch bereits von anderer Seite angedeutet worden ist.

Wie wissen alle und werden mit Bedauern wahrnehmen, wie stark der Wechsel unter unseren Mitgliedern ist. Daran mögen nun die verschiedensten Ursachen mit Schuld haben: Unbeständigkeit der Mitglieder an und für sich, häufiger Wechsel des Arbeitsplatzes, Unlust oder besser gesagt Apathie im Zahlen der Beiträge, sodann die Todesfälle etc., das dürfen wir jedoch mit Recht annehmen, daß unter den Ausgeschiedenen ein ganz erheblicher Prozent-

satz sich befinden, welche lediglich in Folge längerer Arbeitslosigkeit, und dadurch entstandenen Unvermögen zur Zahlung der Beiträge ihrer Mitgliedschaft verlustig gehen.

Hier wirkt also die Einrichtung der Deckung der Beiträge nach zwei Seiten günstig: der Gewerksverein wird durch die jedenfalls immer nicht allzu erhebliche Summe, die er für den Zweck opfert, indem er einem Theil seiner Mitglieder über die Klippe einer längeren arbeitslosen Zeit mit hinweghilft, sich diese Mitglieder erhalten und so seinen Mitgliederbestand vermehren, während den betreffenden Mitgliedern durch die Erhaltung ihrer Mitgliedschaft ein gewiß nicht unerheblicher Vortheil zugeführt wird.

Sieht man demnach die Sache von diesem Gesichtspunkte an, wie sie sich in Wirklichkeit ja auch darstellt, so liegt durchaus kein Grund vor, die gedachte Einrichtung nicht zu treffen, sofern wir dazu nur im Stande sind, d. h. die nöthigen Mittel besitzen.

Dies letztere aber zu bezweifeln, haben wir keinen Anlaß, da in den letzten Jahren sich sowohl die Verhältnisse in der Gewerksvereinskasse gebessert haben, als — wie bereits an dieser Stelle im vorigen Artikel bemerkt — in der Krankenkasse. Allzu große Mittel werden ja durch diese Institution auch wohl nicht in Anspruch genommen werden.

Der zweite der in Rede stehenden Punkte betrifft eine direkte einmalige Unterstützung von in Noth befindlichen Mitgliedern, welchen nicht jetzt schon auf Grund des Statuts eine Unterstützung gewährt werden kann. Die Unterstützungen, welche im Statut festgesetzt sind, beziehen sich außer auf den Fall der Arbeitseinstellung bezw. Aussperrung bekanntlich auf diejenigen Nothfälle, welche durch Naturereignisse, als Ueberschwemmung, Feuersbrunst etc., sowie ferner durch Konkurs oder Liquidation einer Fabrik, oder plötzliche Geschäftsauflösung entstehen, soweit durch diese Fälle das bestehende Kündigungsverhältnis aufgelöst wird.

Nun wird zwar schwerlich Jemand, der mit diesen, im Statut bereits enthaltenen Bestimmungen grundsätzlich einverstanden ist, etwas dagegen einwenden können, wenn die Unterstützung in Nothfällen, welche also im Prinzip bereits ausdrücklich im Statut anerkannt worden ist, auf möglichst alle Fälle der Noth ausgedehnt wird. Man muß jedoch auch hierbei, wie in allen Fragen, wo es sich um die Erweiterung der Mitgliederrechte ohne Auslegung neuer Lasten handelt, ein gewisses Maß halten, will man nicht der Sache, und damit den Mitgliedern selbst, in höherem Maße schaden, als man ihnen durch Zuführung der geplanten Vortheile nähren könnte.

Der Appetit kommt beim Essen" lautet ein altes Sprüchwort. Wenn wir dies nun auch gerade nicht in vollem Umfange auf die hier in Betracht kommenden Fragen anwenden wollen, so dürfen wir uns doch andererseits nicht verhehlen, daß, wenn wir erst einmal den allgemeinen Begriff „Nothfall" als zum Anspruch auf Unterstützung berechtigend innerhalb unseres Gewerksvereins erklärt haben, sich dann schon stetig Anspruchsberechtigte finden werden, welche befriedigt sein wollen; d. h. mit anderen Worten, daß die Kasse dann immerhin eine ganz erhebliche Zahl solcher allgemeinen Nothfälle im Jahre zu unterstützen haben wird.

Selbstverständlich muß nun aber vor allen Dingen eine möglichste Gleichheit in der Unterstützung eintreten. Maßgebend allein muß nur die Schwere des Falles sein; es darf nicht etwa der Umstand eintreten, daß die Kasse dem B. nicht so viel Unterstützung in ganz dem gleichen Falle zahlen kann, als z. B. vor einem halben Jahre dem A., lediglich, weil die Ansprüche an die Kasse in diesem Zeitraum so stark waren, daß sie jetzt gezwungen ist, ihre Leistungen herabzusetzen. Würden wir dies eintreten lassen, so würde dadurch nur Unzufriedenheit unter den Mitgliedern erwachsen, was der ganzen Sache mehr schädlich als nützlich wäre.

Diesem Umstande also vorzubeugen, ist die erste Nothwendigkeit und dies geschieht bei der völligen Unsicherheit, welche bei uns noch über das Maß der an die Kasse gestellten Ansprüche, bezw. über die Zahl der an die Kasse herantretenden Unterstützungsfälle herrscht, am besten dadurch, daß man für die ersten Jahre der neuen Einrichtung die Maximalhöhe, welche die Kasse in jedem einzelnen Falle der Unterstützung innezuhalten hat, nicht zu hoch bemißt. So würde ich z. B. als Maximalhöhe 20 M. vorschlagen.

Mag man auch sagen, daß dieser Betrag kein hoher ist, so wird er doch dem in Noth befindlichen Familienvater im Vergleich zu jetzt, wo wir keine Beihilfe gewähren können, recht sehr zu nützen kommen. Sehen wir nach längerer Zeit die Möglichkeit vorhanden, die Maximalhöhe erweitern zu können, so kann dies ja zweifellos geschehen und ist viel besser, als müßten wir wieder einen Schritt zurück thun, d. h. den Höchstbetrag der Unterstützung wieder verringern.

Schließlich möchte ich noch betreffs der Durchführung der in diesem Artikel besprochenen Punkte darauf hinweisen, daß dieselbe sich sehr wohl durch allgemeine Mitgliederabstimmung bewirken ließe; es wäre nicht nöthig, damit erst bis zur nächsten Generalversammlung, welche erst im Jahre 1885 stattfindet, zu warten; diese Zeit könnte vielmehr schon als Probezeit in der von mir angedeuteten Richtung benutzt werden.

G. L.

Die Jahresberichte der Fabrik-Inspektoren.

In diesen Tagen sind nunmehr die längst erwarteten Auszüge aus den Jahresberichten der mit Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten pro 1881 erschienen. Es ist zu bedauern, daß dieses in vieler Beziehung schätzbare Material zur Beurtheilung unserer gewerblichen Verhältnisse immer erst so verspätet der Öffentlichkeit übergeben wird und daß nicht schon längst Fürsorge getroffen ist, um die Bearbeitung der Berichte im Reichsamte des Innern etwas mehr zu beschleunigen. Um zunächst bei diesen Neußerlichkeiten zu bleiben, so ist andererseits anzuerkennen, daß man sich bemüht hat, die Uebersichtlichkeit der von im Ganzen 44 Gewerberäthen erstatteten Berichte durch die Anwendung gleichartiger Formulare für die den Berichten angehängten Formulare zu bessern und ebenso den aus industriellen Kreisen geäußerten Wünschen bezüglich der Aufnahme von Beschreibungen und Abbildungen bewährter Schutzvorrichtungen entgegenzukommen. Die einzelnen Berichte zerfallen in fünf Abtheilungen, von denen die erste allgemeine Bemerkungen über die Verhältnisse der Industrie enthält, die zweite die der jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter im Allgemeinen, die dritte den Schutz der Arbeiter vor Gefahren, die vierte den Schutz der Nachbarn genehmigungspflichtiger Anlagen und die fünfte die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung, Wohlfahrts Einrichtungen und Verschiedenes betrifft.

Die Angaben über die allgemeine Lage der Industrie, welche an die Spitze der Auszüge aus den einzelnen Berichten gestellt sind, konstatiren für das Jahr 1881 in fast allen Bezirken eine Zunahme der gewerblichen Thätigkeit und der beschäftigten Arbeiterzahl. Man hat allerdings in den amtlichen Auszügen

vermieden, in direkter Weise für die neue Wirtschaftspolitik aus den Mittheilungen der Fabrikinspektoren Kapital zu schlagen, aber das Bestreben ist doch unverkennbar, die Lage der gesamten Industrie in einem möglichst günstigen Lichte erscheinen zu lassen. Nun ist ja glücklicherweise die erfreuliche Thatsache nicht zu leugnen, daß in einer ganzen Reihe von Industriezweigen ein entschiedener Aufschwung stattgefunden hat und daß überhaupt unsere deutsche Industrie in steter kräftiger Entwicklung begriffen ist. Wie weit resp. ob das ein Verdienst der „neuen Wirtschaftspolitik" ist, oder ob nicht diese eher ein Hinderniß noch kräftigeren Ausblühens unserer Exportindustrie ist, darüber gehen bekanntlich die Ansichten weit auseinander. Nicht zu leugnen ist jedoch von schutzollnerischer Seite zweierlei: einmal, daß in vielen Zweigen der Industrie nicht nur kein Fortschritt, sondern vielmehr ein Rückgang zu verzeichnen ist, und sodann, daß die neue Wirtschaftspolitik auch auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter durchaus nicht den Einfluß gehabt hat, der von den Schutzzollaposteln bei Inaugurirung derselben mit vollen Backen ausposaunt wurde.

Mit wenig Ausnahmen konstatiren die Fabrikinspektoren, daß die Löhne nur in ganz vereinzelten Fällen und zwar speziell bei besonders vorgebildeten Arbeitern, gestiegen sind, daß aber im Allgemeinen dort, wo der Lohn überhaupt gestiegen, die Arbeiter nur deshalb einen höheren Gesamtlohn erhalten haben, weil mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden war und volle Arbeits- resp. Ueberschichten verspart werden konnten. In einzelnen Berichten speziell aus dem Bezirke der Montanindustrie, wirds allerdings der Nachweis einer Lohnerhöhung versucht, aber merkwürdigerweise findet man in diesen Berichten alle diejenigen bekannten Argumente wieder, welche von den Großindustriellen in der von ihnen bedienten Presse fortwährend vorgebracht werden. Wie wenig stichhaltig diese Argumente sind, ist ja von berufener Seite hinreichend aufgedeckt worden. Eben deshalb ist dringend zu wünschen, daß die Fabrikinspektoren künftig nur genau die Lohnzahlen angeben, welche für dieselbe Arbeitsleistung in den verschiedenen Jahren galten, das sie aber sonst den Vorwurf der Parteinahme möglichst zu vermeiden suchen. Oder hat man uns etwa nicht Alles in jenen „Auszügen" mitgetheilt, was die Fabrikinspektoren bezüglich der Lohnfrage berichtet haben?

Im Allgemeinen ist nicht zu verkennen, daß das Institut der Fabrikinspektoren sich mehr und mehr einlebt und bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verständnis und Entgegenkommen findet. Es fehlt aber noch sehr viel, bis die humanen Zwecke des Gesetzes vollkommen erreicht werden, und daran trägt vor Allem die Unvollkommenheit desselben die Schuld. Ganz besonders wird über die mangelhafte Unterstützung des Fabrikinspektors durch die Ortspolizeibehörden geklagt, welchen häufig theils die Kenntniß der Fabrikgesetzgebung abgeht oder welche sich zu sehr durch die Rücksichtnahme auf die Großindustriellen von energischem Eingreifen abhalten lassen. Hier muß Wandel geschafft werden, indem man den Fabrikinspektoren in solchen Bezirken polizeiliche Gewalt verleiht. Jetzt ist demselben eine erspriechliche Thätigkeit aber auch dadurch außerordentlich erschwert, daß ihre Bezirke viel zu groß sind und daß sie nur einen Bruchtheil der ihnen unterstellten Betriebe besichtigen können. Der berliner Fabrikinspektor z. B. konnte von seinen 3314 Etablissements nur 498, d. h. kaum 15 pCt., revidiren, im Bezirk Merseburg kamen von 6703 Anlagen nur 289, d. h. nur 4 1/3 pCt., zur Revision, in manchen anderen Bezirken mag das Verhältniß noch viel ungünstiger sein. Und wer bürgt dafür, daß die Gewerberäthe bei ihren Revisionen gerade diejenigen Anlagen getroffen haben, welche der Revision am meisten bedürftig waren? In Folge dessen kann der Fabrikinspektor in den meisten Fällen auch nicht die Vertrauensstellung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewinnen, die das Gesetz beabsichtigt hat. Daher ist erste und dringendste Forderung, welche sich auch die deutsche Volkspartei auf ihrer letzten Generalversammlung ausdrücklich angeeignet hat: kleinere Inspektionsbezirke, mehr Fabrikinspektoren, die hierzu technisch vorbereitet sind, eine industrielle Praxis hinter sich haben und verstehen, mit den Arbeitern zu verkehren und deren Vertrauensmänner werden.

Eine nothleidende Arbeiterversicherung.

Ueber das Thun und Treiben der Versicherungsgesellschaft „Patria" auf dem Felde der Arbeiterversicherung äußert sich die die Volks-Ztg. folgendermaßen:

Es sind jetzt zwei Jahre her, daß wir eine allgemeine Rundschau auf dem Felde der Arbeiterversicherung hielten und unter

Vorführung der verschiedenen Versicherungsarten Betrachtungen über die betreffenden Unternehmungen selbst anstellen. So lange nichts Gravirendes gegen dieses oder jenes Unternehmen vorliegt, muß selbstredend die Presse eine reservierte Stellung einnehmen; sie darf nicht auf Grund von Vermuthungen aburtheilen, sondern muß — speziell wenn es sich um Sein oder Nichtsein eines bedeutenden Unternehmens handelt — mit verbürgten Thatsachen rechnen. Aus diesen Gründen unterließen wir es auch, vor zwei Jahren auf die von der östreichischen Gegenseitigkeits-Versicherungsgesellschaft „Patria“ hier in Deutschland begonnene Arbeiterversicherung näher einzugehen. Wir hatten schon damals das Gefühl, daß aus diesem östreichischen Unternehmen für unsere Arbeiter-Bevölkerung kein großer Segen entstehen würde; wir hatten aber keine thatsächlichen Beweise, die dieses Gefühl begründen konnten, und waren daher genöthigt, eine reservierte Haltung einzunehmen und in unserer Besprechung der verschiedenen Arten der Arbeiterversicherung das Unternehmen der „Patria“ ganz nebensächlich zu behandeln. Trotz der reservierten Haltung der deutschen Presse ist es der „Patria“ aber doch gelungen, durch ganz enorme Agitation ihrer Agenten, in Deutschland festen Fuß zu fassen und speziell in Schlesien, Brandenburg und Sachsen sehr viele Personen zum Abschluß von Versicherungen bei ihr zu veranlassen. Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, wie Leute, die mit der Anlage ihrer Ersparnisse doch sonst so vorsichtig sind — und in Folge ihres schweren Erwerbes auch volle Ursache hierzu haben — oft sich mit einer Leichtigkeit Unternehmungen zuwenden, die, weil sie außerhalb des Landes verwaltet werden, schon mit gewissem Mißtrauen angesehen werden müßten. Aber es ist, als wenn gerade bei Sachen, die von vornherein schon zu großen Bedenken Veranlassung geben, die Unvorsichtigkeit am weitesten getrieben wird. Man ignoriert die Leistungen der nächsten soliden Umgebung und lebt in dem Wahne, daß etwas Außergewöhnliches nur von dem Auslande kommen könne.

Ja, etwas Außergewöhnliches hat denn auch die „Patria“ den ihr Vertrauenden gebracht! Leider ist dieses Außergewöhnliche nichts Gutes, sondern, wie wir sehen werden, gleichbedeutend mit dem Verlust der bisher eingezahlten Beiträge. Erst im Jahre 1879 ist der „Patria“ die Konzession zum Geschäftsbetriebe im Königreich Preußen erteilt worden. Noch in dem Ende Mai 1881 von dieser Gesellschaft herausgegebenen Rechenschaftsbericht wird die Lage dieser Anstalt in das schönste Licht gestellt. Der „stetig fortschreitenden soliden und gesunden Entwicklung der Anstalt“, der „gesunden Situation“ derselben, sowie dem „soliden Streben ihrer Verwaltung“ wird das schönste Zeugniß gespendet. Die Erfolge der „Patria“ im Jahre 1880 sollen nach jeder Richtung — so sagt der Rechenschaftsbericht zum Schluß — glänzende und erfreuliche gewesen sein, und haben diese zur Entfaltung der Anstalt auf solider Grundlage beigetragen. Der Rechenschaftsbericht sieht hierin eine sichere Gewähr für die Zukunft der „Patria“ und stellt sie in jeder Weise über jeden Zweifel erhaben hin. Die von neun Direktoren, darunter ein Prinz, unterzeichnete Bilanz bekräftigt den Ausspruch des Rechenschaftsberichts Nirgends eine Zahl, die zu Bedenken Veranlassung giebt, nichts weist darauf hin, daß ernstlicher Anlaß zu Verdacht oder zu Zweifeln an der Sicherheit der „Patria“ austauschen könnte. Es ist daher kein Wunder, daß ein solcher Bericht und solche Bilanz in Händen geschickter Agenten ganz enorm dazu beigetragen hat, das Geschäft der „Patria“ in dem letzten Jahre in Deutschland zu erweitern und so den Versicherungsbestand bis auf 30 Mill. Mark auszuweiten. Wie ein Donnererschlag fuhr es aber zwischen die bei der „Patria“ Beheiligten, als ihnen in diesem Sommer unvorbereitet von dem Direktorium die Mittheilung gemacht wurde, daß an den Premiencassens, d. h. an denjenigen Fonds, welche die Gesellschaft in den Stand setzen sollen, ihren Verpflichtungen aus den geschlossenen Versicherungsverträgen immerfort zu genügen, ein Betrag von nahezu 1 1/2 Millionen Mark fehlt.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Nachrichten.

** Zu einer lebhaften Demonstration gegen die neuen Unfall- und Kranken-Versicherungs-Vorlagen der Reichsregierung gestaltete sich die Versammlung sämtlicher freien und eingeschriebenen Hilfskassen Berlins und Umgegend, welche auf Anregung der Vorstände der freien Hilfskassen der Deutschen Gewerksvereine

am Montag (27.) Abend im großen Saale bei Bugenhagen am Moritzplatz stattfand. Etwa 1000 Personen der verschiedensten Berufsclassen, waren der Einladung gefolgt. Vereingenoße Bey hatte das Referat übernommen. Auch die Abgeordneten Professor Dr. Sellig und Dr. W. Girsch, ferner der Consul Dr. Wih waren in der Versammlung zu bemerken. Referent bezeichnete die Vorlage als einen von den reaktionären Parteien ausgehenden Vernichtungskampf gegen die freien Hilfskassen und als eine das Wohl und die Selbstständigkeit des Arbeiters im höchsten Grade gefährdende Einrichtung. Schon nach 13wöchentlicher Unterstützung werde nach diesen Vorlagen der Arbeiter der Armen-Unterstützung anheimgegeben und somit seiner staatsbürgerlichen Rechte verlustig, während er bei den freien Hilfs- und den sonstigen jetzt bestehenden Krankenkassen nicht nur 26 Wochen bis 1 Jahr lang Krankenunterstützung, sondern nach dieser Zeit auch noch Invaliden-Unterstützung erhält und zwar mit dem erhebenden Bewußtsein, nur für seine eigene Leistung, den Beitrag, eine Gegenleistung zu empfangen. Bei der Zwangs-Unfall- resp. Krankenkasse werde er dagegen nicht nur vorzeitig und untreuwillig zum Almosen-Empfänger degradirt, er verliere auch seine sämtlichen, durch vielsährigen Beitrag erworbenen Rechte an dem Kassenvermögen. In der Diskussion nahm zuerst der Anwalt Dr. Girsch das Wort. Er bedauerte, daß in der 2ten Kommission des Reichstages sich 11 Mitglieder für die Vorlage ausgesprochen und daß auch die Korporation der Buchdrucker in ihrem Verbands-Organ „Der Korrespondent“ dafür Propaganda mache. Diese Aeußerung veranlaßte, daß mehrere anwesende Buchdrucker um das Wort baten, um in entschiedener Weise zu dementiren, daß die Buchdrucker im Allgemeinen der Idee der Zwangskassen zugänglich seien. Nach einer sehr lebendigen Diskussion gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung der eingeschriebenen und freien Hilfskassen Berlins und Umgegend erklärt: die Gesetzentwürfe, betreffend die Kranken- und Unfall-Versicherung der Arbeiter bedrücken, abgesehen von vielen anderen Mängeln, nicht nur die gedeihliche Entwicklung, sondern die Existenz der freien Hilfskassen, indem diese Entwürfe 1) die von Rechtswegen den Arbeitgebern allein obliegende Hauptpflicht für die ungeheure Mehrzahl der Betriebsunfälle auf die, zum größten Theil durch die Arbeiterbeiträge erhaltenen Krankenkassen überwälzen, während letztere ohnehin schon durch die Gesundheitschädlichkeit vieler Betriebe schwer belastet sind; 2) indem die zur Verhütung von Ausbeutung von freien Kassen unentbehrliche Karenzzeit theils ganz aufgehoben, theils auf mehr als die Hälfte herabgesetzt wird, 3) indem nicht nur die Konkurrenz der vielsachen, durch Arbeitgeber und Behörden begünstigten und unterstützten Zwangskassen auf die freien Kassen drücken würde, sondern alle nicht schon den letztern angehörigen Arbeiter beim Eintritt in das Arbeitsverhältniß direkt in die Zwangskassen hineingetrieben und in denselben festgehalten, jeder Zuwachs also der freien Kasse abgeschnitten wird. Da überdies die Gesetzentwürfe der Reichsregierung sowohl hinsichtlich der Leistungen (nur 13 Wochen Kranken-Unterstützung u. s. w.), als der Organisation (äußerste Systemlosigkeit und Zersplitterung) einen Rückschritt gegen die freien Kassen bringen und ohne Noth den bestehenden Rechtsboden verlassen, so erwarten wir von der Volksvertretung, daß sie diese Vorlagen verwerfen, dagegen durch Verbesserung der Hauptpflicht- und Hilfskassengesetze die vorhandenen Mängel auf dem Boden der Gleichberechtigung und Selbstverwaltung beseitige.“

Permisches.

— Zu Weihnachtseinkäufen bietet die Leipziger Lehrmittel-Anstalt von Dr. Oscar Schneider in Leipzig in einem hübsch ausgestatteten Weihnachtskatalog, welchen dieselbe gratis und franko versendet, einen Rathgeber für Eltern und Erwachsenen, worauf wir aufmerksam zu machen nicht unterlassen wollen. Der Katalog enthält eine Auswahl guter, nützlicher Spiele und Beschäftigungen für Kinder von 3 Jahren an bis zum reiferen Alter.

Vereins-Nachrichten.

§ Lettin. Protokoll der Ortsversammlung vom 28. Oktober 1882. Der Vorsitzende, Hr. Karl Sudwig eröffnete die Versammlung Abends 8 Uhr in Anwesenheit von 8 Mitgliedern. Tagesordnung: Kassenlegung vom 8. Quartal 1882. Die Gewerksvereinskasse hatte einen Vorrath von 46,22. Außerdem sind angelegt zu 8 1/2 pCt 80 Mt. Die Kasse wurde nach sorgfältiger Prüfung für richtig befunden, worauf dem Kassirer, Hrn. August Winkler, Decharge erteilt wurde. Hierauf wurde die Angelegenheit wegen Unterstützung arbeitsloser Mitglieder besprochen. Die Versammlung

erklärte sich einstimmig dafür, jedoch mit dem Bemerkten, keine Extra-Steuer zu zahlen, sondern den Beitrag event. mit aus dem Bildungsfond zu decken. Hierauf Schluß der Versammlung.

Alsdann wurde vom Vorsitzenden Hrn. Ludwig die Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle eröffnet. Tagesordnung: Kassenlegung vom 3. Quartal 1882. Die Krankenkasse hatte einen Baarbestand von M. 130,50. Außerdem sind angelegt zu 3 1/2 pCt. M. 504,90. Die Kasse wurde geprüft und für richtig befunden, worauf dem Kassirer Decharge ertheilt wurde. Schluß der Versammlung 10 1/2 Uhr.

Adolf Röhrlein, Schriftführer.

§ Königssteck. Protokoll der Ortsversammlung vom 5. November 1882. Der Vorsitzende Hr. Jos. Büttgen eröffnete die Versammlung 5 Uhr Nachmittags. Anwesend waren 18 Mitglieder. Punkt 1, Zahlen der Beiträge, wurde erledigt. Bei Punkt 2 wurde beschloffen, beim Generalrath eine Unterstützung für das erkrankte Mitglied Lüking zu beantragen. Ferner wurde beschloffen, dem erkrankten Mitglied Mathias das Krankengeld nicht mehr zu zahlen, weil derselbe eine veraltete Krankheit bei der Untersuchung nicht angegeben hat. Der p. Mathias wurde auf Kosten der Kasse nach einem andern Arzt zur Untersuchung verwiesen. Zu Punkt 3 wurde beschloffen, am Neujahrs-Abend Stiftungsfest zu feiern durch ein solennes Abendessen wozu der Ortsverein der Maschinenbau- und Metall-Arbeiter eingeladen werden soll. Zu Punkt 4 wurden 3 Mitglieder aufgenommen. Hierauf folgte Schluß der Versammlung um 7 1/2 Uhr Abends.

Andreas Schmidt, Schriftführer.

§ Tambach. Protokoll der Ortsversammlung vom 11. November 1882. Nachdem die Mitgliederliste verlesen und das Protokoll der vorigen Versammlung genehmigt, eröffnet der Vorsitzende die Versammlung in Anwesenheit von 14 Mitgliedern, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde. Punkt 1, Einzahlen der Beiträge, wurde erledigt. Punkt 2, Aufnahme neuer Mitglieder. Aufgenommen wurden die Herren Carl Gräf aus Schmiedefeld, Albert Marx aus Bätterfeld, Carl Kock aus Neustadt, Arthur Zigmann aus Steinheide, Otto Merken aus Börsch und sind dieselben dem Generalrath empfohlen. Edmund Langheim und Berthold Nicolai sind von hier nach Sigendorf übersiedelt. Punkt 3, Rechnungsabluß pro 3. Quartal. Einnahme mit Baarbestand vom vorigen Quartal M. 83,78, Ausgabe M. 29,67, bleibt Baarbestand M. 4,11. Nachdem der Revisor Kasse und Bücher in Richtigkeit befunden, wird dem Kassirer Decharge ertheilt.

Hierauf Verlesung der örtlichen Verwaltungsstelle. Punkt 1, Zahlen der Beiträge, ist bereits erledigt. Zu Punkt 2 erfolgt die Aufnahme obengenannter Mitglieder, der Herren Carl Gräf, Albert Marx, Carl Kock, Arthur Zigmann und Otto Merken. Punkt 3, Rechnungsabluß pro 3. Quartal. Einnahme mit Baarbestand vom vorigen Quartal M. 139,60, Ausgabe M. 56,02, bleibt Baarbestand M. 83,60. Die Richtigkeit der Kasse und Bücher bestätigt der Revisor, worauf der Kassirer entlastet wird. Schluß der Versammlung Abends 10 Uhr.

Gustav Lindae, Schriftführer.

§ Fürstenberg. Protokoll der Ortsversammlung vom 30. Oktober 1882. Der Vorsitzende Hr. Koloff eröffnet die Versammlung um 8 1/2 Uhr Abends. Anwesend sind 14 Mitglieder. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal, 2. Wahl eines stellv. Schriftführers, 3. Berathung des Artikels bzw. Anträge Dollmann, 4. Freie Diskussion. Zum 1. Gegenstand berichtet der Revisor Hr. Ruff über den Stand der Kasse folgendes: 1. Ortskasse, Einnahme M. 195,98, Ausgabe M. 70,91, bleibt Vortrag M. 124,98. Zahl der Mitglieder 53, ausgeschieden 3, zugetreten 4. 2. Bildungsfond: Einnahme M. 59,58, Ausgabe M. 0,20, Bestand M. 59,38. 3. Alte Krankenkasse: Einnahme remittirt M. 18,20, Ausgabe M. 18,20. 4. Invalidenkasse: Einnahme M. 27,69, welche abzüglich der Porto's und Prozente an die Zentralkasse abgeführt wurden, ebenso 5. die Frauensterbekasse: Einnahme M. 13,65. Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob die Kassen und Bücher in Ordnung befunden seien, erfolgt seitens des Revisors eine bescheidende Antwort und wird darauf dem Kassirer Entlastung gewährt. Bei Punkt 2 beschließt die Versammlung auf Antrag Nagel, in Rücksicht der nahe bevorstehenden Neuwahlen von der Wahl eines stellvertretenden Schriftführers abzusehen. Punkt 3. Dazu wird der Artikel Dollmann zur Verlesung gebracht durch den Schriftführer und knüpft derselbe sodann eine längere Besprechung daran. In Beschaffung der nöthigen Mittel zur Anlegung eines Hülfsfonds hält Redner es für die Bildungsbestrebungen des Gewerkevereins unschädlich, wenn die Prozente dieses Fonds zu Gunsten des neu zu errichtenden Pilsfondes um die Hälfte gekürzt würden, denn die Bibliothek sei theilweise ein todttes Kapital und für successive Anschaffung nützlicher Werke habe man bei Gründung des Gewerkevereins schon 6 1/2 pCt. für genügend erachtet. Was die Nothwendigkeit aber des Hülfsfonds betreffe, so glaube er, darauf nicht näher eingehen zu dürfen, da ja unser Verein schon vor Jahren dessen Errichtung, freilich tauben Ohren, das Wort geredet. Hr. Koloff glaubt ebenfalls daß die Nothwendigkeit, geeignete Unterstützungsmittel für allgemein bringende Nothfälle zur Hand zu haben, immer mehr sich zur Geltung bringe. Der Gewerkeverein der Tischler sei schon lange in der Lage zu diesem Zweck jährlich namhafte Summen zu bewilligen. Wollte man die Generalrathskasse nicht schwächen, nun so könne auch er nur dazu rathen, den Bildungsfond um die Hälfte zu schmälern. Inzwischen geht folgender Antrag ein, den die Versammlung zum Beschluß erhebt: Die heutige Versammlung erklärt zu den Ausführungen des Hrn. Dollmann ihre Zustimmung und hält es für am Besten, zur Beschaffung der Mittel die Prozente für den Bildungsfond um 5 1/2 pCt. zu kürzen. Punkt 4. Der Bibliothekar erinnert daran, daß die Bücher rechtzeitig zurückzuliefern seien, es wären Bücher, welche im Monat Februar geliehen, jetzt noch nicht wieder abgeliefert. Daßländers Werke sind bis zum 20. Band erschienen. Neuerdings ist die Ausgabe um 14 Bände erweitert und fragt der Bibliothekar an, ob diese 14 Bände noch bezogen werden sollen. Die Versammlung beschließt es. Alsdann wird Hr. Grünig angewendet. Auf eine Anfrage des Hrn. Pille, das Verbandsbureau betreffend, antwortete der Vorsitzende, daß demnächst wohl Aufklärungen von dem Verbandsbureau zu erwarten sein würden. — In der Mitgliederversammlung der Kranken- und Begräbniskasse berichtet der Revisor, daß dieselbe eine Einnahme von M. 441,94, eine Ausgabe von M. 871,65 und einen Vortrag von M. 70,29 habe. Die Richtigkeit

wird bestätigt und der Kassirer entlastet. Da die Tagesordnung erschöpft, erfolgte der Schluß der Versammlung, nachdem zuvor noch diese Protokolle verlesen, genehmigt und unterschrieben sind, um 10 Uhr Abends.

Carl Nagel, Schriftführer.

§ Rudolstadt. (Verspätet.) Ortsversammlung vom 8. Oktober 1882. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 8 1/2 Uhr in Anwesenheit von 32 Mitgliedern. Nach Verlesen des Protokolls von voriger Versammlung wird in die Tagesordnung eingetreten. Dieselbe lautet: 1. Mittheilung, 2. Anmeldung, 3. Arbeitsstatistik, 4. Fragelasten, 5. Einzahlung der Beiträge. Zu 1. wollte der Vorsitzende den Artikel Dollmann (Ameise Nr. 38) zur Verlesung bringen, stand aber des schwachen Besuchs der heutigen Versammlung wegen davon ab. Dieser Punkt soll für die nächste Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Zu 2. bittet um Ausnahme Emil Keilhauer, Former in Schaala. Zu 3. wird mit Hilfe der anwesenden Mitglieder das Formular der Arbeitsstatistik ausgefüllt. Zu 4. lag Nichts vor. Zu 5. erfolgte Einzahlung der Beiträge und dann Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

H. Waaner, Schriftführer.

Versammlungskalender.

* **Moabit.** Die Generalraths- und Vorstandssitzung findet am **Sonnabend**, den 2. Dezember statt. Tagesordnung ist in voriger Nummer bekannt gegeben.

Georg Lenz, Hauptschriftführer.

* **Bonn-Poppelsdorf.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 2. Dezember Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Kassiren der Beiträge, 2. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern, 3. Neuwahl der Ausschuß-Mitglieder, 4. Verschiedenes. Um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird ersucht. E. Eberhardt, Schriftführer.

* **Rudolstadt.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 2. Dezember Abends 8 Uhr im Schießhause. Tagesordnung: 1. Mittheilungen, 2. Aufnahme von Mitgliedern, 3. Fragelasten, 4. Neuwahl, 5. Besprechung über einen zu bildenden Gesangverein, 6. Einzahlung der Beiträge. Da dies die letzte Versammlung im Jahre, wird um recht zahlreichen Besuch gebeten; namentlich alle Sangesbrüder werden hierdurch eingeladen. — Wir bemerken noch, daß auch Mitglieder welche nicht anwesend sind, in den Ausschuß gewählt werden können. Der Ausschuß: P. Henschel.

* **Reichen.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 2. Dezember Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes, 2. Besprechung über Abhaltung unseres 1. Stiftungsfestes, 3. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. — Alsdann Versammlung der Hülfskasse. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes, 2. Innere Angelegenheiten, 3. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern.

Es wird gebeten zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. R. Suhm, Schriftführer.

* **Schmiedefeld.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 2. Dezember 1882, Abends 8 Uhr im Gasthaus zur „Henne“. Tagesordnung: 1. Entrichtung der Beiträge, 2. Kassenbericht pro 3. Quartal 1882, 3. Diskussion der Subskriptions-Einladung im Prospekt auf die „Freie Zeitung“, 4. Neuwahl der Vorstände für das Jahr 1883. — Alsdann Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle. Tagesordnung: 1. Entrichtung der Beiträge, 2. Kassenbericht pro 3. Quartal, 3. Anträge und Beschwerden, 4. Neuwahl der Vorstände.

Um zahlreiches Erscheinen wird höflichst gebeten.

Otto Möller, stellv. Schriftführer.

* **Unterweißbach.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr im Gasthof zum rothen Birch. Tagesordnung: 1. Zahlen der Beiträge und Einstände, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Bernh. Schuster, Schriftführer.

* **Charlottenburg.** Ortsversammlung am **Montag**, den 4. Dezember bei Sinnig, Rosinenstr. 3. Tagesordnung: Neuwahlen und Geschäftliches. Der Ausschuß.

* **Sophienau.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 9. Dezember Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes für das Jahr 1883, 2. Diskussion über den Antrag des Hrn. Dollmann in Nr. 38 und 39 der „Ameise“, 3. Diskussion der Subskriptions-Einladung im Prospekt auf die „Freie Zeitung“. — Alsdann Versammlung der Krankenkasse (e. G.) Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes für das Jahr 1883, 2. Vorschläge und Beschwerden. Um zahlreiches Erscheinen wird höflichst ersucht.

Erdbmann Köhler, Schriftführer.

* **Rathhütte.** Ortsversammlung am **Sonntag**, den 10. Dezember, Nachmittags 3 1/2 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung: Vorstandswahl pro 1883.

Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich einzufinden.

Der Vorstand.

* Sterberästel.

Neustadt-Magdeburg. Ernst Märten's, Porzellandreher, geb. zu Budau, gest. an Herzleiden, 38 Jahre alt, letzte Krankheitsdauer 4 Monat.

Zur Beachtung!

Empfehlenswerthe Schriften für die Ortsvereine, zu beziehen durch das Verbandsbureau, S., Alte Jakobstraße 64.
Der Handwerker nach den Forderungen der Gegenwart, von G. Rath. 60 Pf.
Die Hülfskassen-Gesetze, von Dr. Max Hirsch. 10 Pf.

Arbeitsmarkt.

Ein Email- u. Porzellan-Maler, welcher selbstständig zu arbeiten versteht, findet dauerndes und gutes Engagement in einer Wiener Fabrik. Eventuell werden Reisespesen vergütet. Offerten sub T. N. 3054 an Otto Maass, Wien, I. Wallfischgasse 10. (60 Pf.)